



Von: Petra Dettenhöfer, MdL <petra.dettenhoefer@csu-landtag-news.de>
An: [REDACTED]
Betreff: Aus dem Maximilianeum
Datum: 02.04.2013 10:17

Falls der Newsletter nicht korrekt angezeigt wird, erhalten Sie hier die [Online-Version](#)



Ausgabe März 2013

Lieber Oliver-Markus,

die CSU-Fraktion arbeitet weiter mit Hochdruck daran, unser Land voranzubringen. In diesem Newsletter stellen wir Ihnen wichtige Initiativen aus dem Monat März vor.

Ein Beispiel: Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist nun in erster Lesung in den Landtag eingebracht worden. Neben einem Ausgleich für die Hochschulen für die wegfallenden Studiengebühren setzt der Gesetzentwurf wichtige Impulse für die frühkindliche Bildung, die Grundschule und die berufliche Weiterbildung.

Herzliche Grüße

Petra Dettenhöfer

Inhalt:

- » [Bildungsfinanzierungsgesetz in den Landtag eingebracht](#)
- » [Bewährte Asylsozialpolitik weiterentwickeln](#)
- » [Ehrenamtliche Helfer bei den Rettungsdiensten besser gestellt!](#)
- » [Staatsregierung baut Förderstau bei Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ab](#)
- » [Bayern verlängert Sonderinvestitionsprogramm zum Krippenausbau](#)
- » [Bayerisches Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternet](#)
- » [Werkstattgespräch "Gesundheit aus Frauenperspektive" am 10. April](#)
- » [CSU setzt sich für Erhalt des Güllebonus ein](#)
- » [Bayern bei der Bekämpfung von Rauschgift führend](#)
- » [Medienkompetenz im Unterricht - Tag des digitalen Lernens](#)
- » [Sportgespräch im Bayerischen Landtag - Dialog mit Sportvereinen fortsetzen](#)
- » [5,6 Prozent mehr - Bayern übernimmt Tarifabschluss für alle Landesbeschäftigten](#)
- » [45 Jahre Lawinwarndienst in Bayern](#)

Bildungsfinanzierungsgesetz in den Landtag eingebracht



Das Bildungsfinanzierungsgesetz ist nun in erster Lesung in den Landtag eingebracht worden. Mit der Politik des ausgeglichenen Haushalts konnte Bayern schon bisher Freiräume für Investitionen in die Bildung schaffen. In diesem Jahr hat der Freistaat die vorgesehene Schuldentilgung um 480 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro aufgestockt und wird bis zum Jahr 2014 2,54 Milliarden Euro Schulden tilgen.

Im Bildungsfinanzierungsgesetz ist für die Hochschulen ein Ausgleich in Höhe von 219 Millionen Euro für die wegfallenden Studiengebühren vorgesehen. Darüber hinaus setzt der Gesetzentwurf wesentliche Impulse für die frühkindliche Bildung, die Grundschule und die berufliche Weiterbildung.

Die frühkindliche Bildung wird mit einer Qualitätsoffensive in Höhe von 125 Millionen Euro gefördert. Damit soll insbesondere der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule weiter verbessert werden. Mit den

zusätzlichen Mitteln sollen insbesondere Sprachförderangebote ausgebaut und die Qualität der Kinderbetreuung und der gebundenen Ganztagschulen weiter erhöht werden.

Mit dem Pflege- und Meisterbonus setzen wir einen wichtigen Impuls im Bereich der beruflichen Bildung. Dafür sind 52 Millionen Euro eingeplant. Der Meisterbonus von 1.000 Euro wird Absolventen einer beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen gewährt. Mit dem Pflegebonus schaffen wir die Möglichkeit, die Ausbildung in der Altenpflege und für Erzieherinnen auch an privaten Berufsfachschulen kostenfrei anbieten zu können.

Mit zusätzlich 150 Millionen Euro im Jahr 2013 werden Baumaßnahmen im Privatschulbereich, im Sportstättenbau und für Behinderteneinrichtungen deutlich schneller abfinanziert.

» [Gesetzentwurf](#)

top ↑

Bewährte Asylsozialpolitik weiterentwickeln



Die CSU-Fraktion hat in der vergangenen Plenarsitzung einen Dringlichkeitsantrag zum Thema "Bewährte Asylsozialpolitik zeitgemäß weiterentwickeln!" eingebracht.

Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, künftig allen Asylbewerbern schnellstmöglich nach der Ankunft den Zugang zu Deutschkursen zu ermöglichen.

» [Dringlichkeitsantrag im Wortlaut](#)

top ↑

Ehrenamtliche Helfer bei den Rettungsdiensten besser gestellt!



Die ehrenamtlichen Helfer bei den Rettungsdiensten werden künftig im Falle eines Einsatzes besser gestellt. Eine entsprechende Initiative der CSU-Landtagsfraktion wurde jetzt vom Bayerischen Landtag beschlossen.

Ehrenamtliche Einsatzkräfte im Rettungsdienst erhalten künftig einen gesetzlichen Freistellungs- und Lohnfortzahlungsanspruch oder einen Anspruch auf Ersatz ihres Verdienstausfalls, auch wenn kein Katastrophenfall vorliegt. Die so genannte Retterfreistellung gilt auch für volljährige Schüler und Studenten, die für die Zeit des Rettungsdiensteinsatzes grundsätzlich vom Unterricht und von Ausbildungsveranstaltungen befreit werden.

top ↑

Staatsregierung baut Förderstau bei Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ab



Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung gehören zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit baut jetzt den Förderstau für die kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vollständig ab. Im März wurden als erste Tranche im Jahr 2013 38,2 Millionen Euro auf Grundlage der bis Februar 2013 eingegangenen Förderanträge ausgezahlt.

"Wieder einmal zeigt sich, dass die CSU-geführte Staatsregierung die Anliegen der Kommunen ernst nimmt und sie bei ihren kommunalen Aufgaben tatkräftig unterstützt. Die Versorgung mit Trinkwasser geht jeden an. Mit der Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen sowie privaten Kleinkläranlagen sichern wir die hochwertige Wasserversorgung aller in Bayern lebenden Bürger von Aschaffenburg bis Garmisch-Partenkirchen" so Dr. Otto Hünnerkopf, Vorsitzender des Arbeitskreises für Umwelt und Gesundheit der CSU-Fraktion.

In der Vergangenheit habe für die Bauträger eine Wartezeit von über einem Jahr bis zur Auszahlung von zugesagten Fördermitteln bestanden. "Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung im Freistaat und der soliden Haushaltspolitik der Staatsregierung ist uns nun ein völliger Abbau der Wartezeit gelungen", freute sich der CSU-Politiker.

top ↑

Bayern verlängert Sonderinvestitionsprogramm zum Krippenausbau



Die Hartnäckigkeit der CSU-Fraktion zahlt sich für die Kommunen aus. Das erfolgreiche Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats Bayern zum Krippenausbau wird um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2014 verlängert.

Wie sich gezeigt hat, ist es einigen Kommunen trotz aller Bemühungen nicht möglich, die geplanten und notwendigen Vorhaben rechtzeitig abzuschließen. Denn die Kommunen können Projektverzögerungen, bedingt etwa durch die starke Auslastung der Bauwirtschaft, häufig nicht beeinflussen.

Der Koalitionsausschuss von CSU und FDP hat daher auf Vorschlag der CSU-Fraktion entschieden, das Investitionsprogramm zum bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zu verlängern und den Kommunen so mehr Zeit zu geben. Voraussetzung ist, dass die Baumaßnahme bis Ende 2014 abgeschlossen wird. Bis dahin werden ausnahmslos alle von den Kommunen beantragten Krippenplätze gefördert. Damit wird sichergestellt, dass der Krippenausbau in Bayern mit ungebremster Dynamik fortgesetzt werden kann.

top ↑

Bayerisches Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternet



99 Prozent der bayerischen Haushalte konnten auch dank eines umfangreichen Förderprogramms bereits mit einem Breitbandanschluss versorgt werden. Jedoch verfügen nur circa 40 Prozent der Haushalte über Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s.

Um mehr Unternehmen und Haushalte mit hochbitratigen Breitbandanschlüssen zu versorgen, wurde ein neues breit angelegtes Förderprogramm gestartet. Auf Initiative der CSU-Fraktion wurden die Mittel für dieses bayernweite Förderprogramm für Hochgeschwindigkeitsinternetanschlüsse deutlich aufgestockt. 2012 standen für das neue Programm 100 Millionen Euro zur Verfügung. 2013 und 2014 werden die Mittel auf jeweils 200 Millionen Euro im Jahr verdoppelt. 54 Gemeinden befinden sich bereits im Antragsverfahren für dieses Programm, das am 20. November letzten Jahres von der EU-Kommission genehmigt worden ist.

» [Weitere Informationen](#)

top ↑

Werkstattgespräch "Gesundheit aus Frauenperspektive" am 10. April



Die Arbeitsgruppe Frauen der CSU-Landtagsfraktion möchte in einem Werkstattgespräch am 10. April zum Thema "Prävention schafft Lebensfreude" mit Experten über gezielte Vorsorge und bessere Behandlungsmöglichkeiten sprechen. Ziel des interdisziplinären Austausches ist es, Frauen für einen bewussten Umgang mit ihrem Körper zu sensibilisieren.

» [Weitere Informationen und Anmeldung](#)

top ↑

CSU setzt sich für Erhalt des Güllebonus ein



Mit einem Dringlichkeitsantrag hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Vergütung für bestehende Biogasanlagen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht angetastet wird. Dies gelte insbesondere für den Güllebonus für Biogasanlagen der Baujahre 2004 bis 2008. Des Weiteren spricht sie sich gegen den sogenannten EEG-Soli aus, mit dem die Vergütung für alle Arten der Energieerzeugung aus regenerativen Energien pauschal gekürzt würde.

"Schutz des Eigentums und Vertrauen in die Entscheidungen des Staates - dies sind Werte, die bei der CSU in guten Händen sind und Bestand haben! Deswegen ist der Vertrauensschutz für Eigentümer beziehungsweise Betreiber von Biogasanlagen für uns von elementarer Bedeutung", erklärte Albert Füracker, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bayerischen Landtag. "Die Bayerische Staatsregierung und die CSU lehnen jeden rückwirkenden Eingriff in die Vergütung ab. Auch eine Streichung des Güllebonus für Anlagen, die zwischen 2004 und 2008 ans Netz gegangen sind, ist für uns deswegen nicht akzeptabel. Wir werden uns auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich die Eigentümer bzw. Betreiber von Biogasanlagen weiterhin auf den Staat verlassen können."

Der Güllebonus wurde eingeführt, um kleinere Anlagen in ihrer Wirtschaftlichkeit zu stärken und Gülle, welche sonst oft energetisch ungenutzt auf den Feldern landete, für die Biogaserzeugung interessanter zu machen. Daneben konnte man dadurch auch den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen reduzieren und die Flächenkonkurrenz entschärfen.

» [Dringlichkeitsantrag im Wortlaut](#)

top ↑

Bayern bei der Bekämpfung von Rauschgift führend



"Die Bayerische Staatsregierung erkennt bereits seit langem, wie dringend das Problem Crystal Speed bekämpft werden muss. Wir gehen schon immer konsequent gegen Rauschgiftkriminalität vor und arbeiten hierbei intensiv mit der Tschechischen Republik zusammen", betonte Alexander König, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Er verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Antrag, der sich schon im Dezember 2011 dieses Themas annahm und zum Gegenstand der parlamentarischen Debatte machte.

Im sogenannten Hofer Dialog erreichten Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in den letzten Jahren, dass die tschechische Regierung nun besser mit der bayerischen Polizei zusammenarbeitet. Dies erachtet die CSU-Fraktion als besonders wichtig. "Damit wir den Druck auf die Hersteller und Händler verstärken, muss ein konstruktiver Dialog mit den dortigen Sicherheitsbehörden stattfinden", sagte König. Dies habe sich bereits positiv auf die letzten Fahndungsergebnisse ausgewirkt.

So konnten die Polizeibehörden im Jahr 2012 mit 14,3 Kilogramm innerhalb eines Jahres 23 Prozent mehr Crystal sicherstellen als im Vergleich zu 2011. "Diese Entwicklung verdanken wir nicht zuletzt den verstärkten Kontrollmaßnahmen der bayerischen Polizei", so der CSU-Politiker.

König kritisiert in diesem Zusammenhang einen Antrag der Freien Wähler, in dem sie einen Bericht der Staatsregierung zu den bisherigen Maßnahmen gegen Drogenhandel an der deutsch-tschechischen Grenze fordern. Es wirke hilflos, so König, wenn sich die Freien Wähler das Thema nun auf ihre Fahnen schreiben wollen, ohne substanziiell etwas beizutragen. König: "Das gemeinsame Hauptziel muss darin liegen, Jugendliche vor den verheerenden Auswirkungen der Droge zu schützen. Hier ist kein Platz für politisches Schaulaufen, das noch dazu um Jahre dem tatsächlichen politischen Handeln hinterherhinkt."

» [Antrag zum Thema](#)

top ↑

Medienkompetenz im Unterricht - Tag des digitalen Lernens



"Wir möchten, dass an unseren Schulen digitale Medien stärker für das Lehren und Lernen genutzt und unsere Schülerinnen und Schüler auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Medien vorbereitet werden", erklärte Georg Eisenreich, Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Jugend und Sport anlässlich des Tags des digitalen Lernens am 7. März. Denn digitale Werkzeuge und Medien bieten vielfältige Chancen für die Schule des 21. Jahrhunderts.

Wie Medienkompetenz im Unterricht vermittelt werden kann und wie die neuen Medien Einzug in die schulische Praxis finden, damit hat sich die CSU-Fraktion im Rahmen der Zukunftsstrategie "Bayern 3.0 - Digital in die Zukunft" intensiv befasst. Möglichkeiten der konkreten Umsetzung wurden am Tag des digitalen Lernens diskutiert. Im Rahmen der Veranstaltung wurde unter anderem das Projekt "Referenzschulen für Medienbildung" vorgestellt, bei dem die beteiligten Schulen jeweils ein eigenes Programm zur Medienerziehung entwickeln. Ausgehend von 90 Medienreferenzschulen kommen jährlich rund 30 neue Schulen als Multiplikatoren dazu, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen wieder an andere Schulen weitergeben.

"Im neuen Internetportal "mebis - Landesmedienzentrum Bayern", das derzeit in einer Pilotphase an den 90 Referenzschulen erprobt wird, sollen unseren Lehrkräften wertvolle Hilfestellungen für das digitale Lernen zur Verfügung gestellt werden", so Bernd Sibler, Staatssekretär im Kultusministerium. Die Internetplattform

<http://www.mebis.bayern.de/> bietet neben einer Mediathek auch Beratungs- und Fortbildungsangebote sowie Informationen zur Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern. Gleichzeitig stellt sie auch eine zentrale Lernplattform mit virtuellen Klassenzimmern zur Verfügung. Dort können Schülerinnen und Schüler

gemeinsam an Projekten arbeiten oder nach ihrem eigenen Tempo und Lernfortschritt üben.

"Wissensvermittlung, Werteerziehung und Persönlichkeitsbildung sind und bleiben auch im digitalen Zeitalter zentrale Herausforderungen für unsere Schulen. Die digitalen Medien eröffnen umfangreiche neue Möglichkeiten und Chancen für Schule und Unterricht. Wir wollen diese, so gut es geht, nutzen", so Eisenreich.

» [Bildergalerie der Veranstaltung](#)

top ↑

Sportgespräch im Bayerischen Landtag - Dialog mit Sportvereinen fortsetzen



Unter dem Motto "Leistung.Macht.Spaß" fand auf Einladung des CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid ein Sportgespräch im Bayerischen Landtag statt. Die Vorsitzenden der großen Sportverbände in Bayern diskutierten über die aktuellen Herausforderungen des Sports.

"Es war schön zu sehen, wie alle Sportbegeisterten - Politiker und Vertreter der Sportverbände - bei dem Gespräch an einem Strang zogen. So ist mir um die Zukunft des Breiten- und des Spitzensports in unserem Land nicht bange", zog Berthold Rütth, sportpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, ein Fazit der Veranstaltung.

Die Sportvereine würden über den reinen Sport hinaus auch eine große gesellschaftliche Aufgabe erfüllen, weil sie ihren Mitgliedern respektvollen Umgang untereinander, Leistungsbereitschaft und sportliche Fairness vermitteln, so Rütth. Mit der Veranstaltung wollte die CSU-Fraktion den vielen ehrenamtlichen Helfern in den zahlreichen Sportvereinen Dank sagen.

Berthold Rütth will den Dialog mit den Sportvereinen weiter intensivieren. "Wer sich in diesem Ausmaß engagiert, wie es in unseren Sportvereinen jeden Tag geschieht, verdient unsere volle Unterstützung. Gerade in der Jugendarbeit sind unsere Sportvereine unersetzlich. Diese Leistung könnte der Staat niemals erbringen. Deshalb können wir diese hervorragende Arbeit in Zukunft nur weiterhin nach Kräften unterstützen", betonte der CSU-Abgeordnete und wies in dem Zusammenhang auf die Erhöhung der Vereinspauschale durch den Bayerischen Landtag im Haushalt 2013 um eine ¼ Million Euro auf insgesamt 19.400.000 Euro hin.

"Darüber hinaus wird für den Sportstättenbau eine Förderung von rund 9,5 Millionen Euro jährlich bereitgestellt. Im Rahmen des Bildungsfinanzierungsgesetzes, das nun in erster Lesung in den Landtag eingebracht wurde, sind für 2013 einmalig weitere 20 Millionen Euro vorgesehen. Damit erreichen wir eine Verkürzung der Abfinanzierungszeiten von 3 bis 4 Jahren auf deutlich unter 2 Jahre", so Rütth abschließend.

top ↑

5,6 Prozent mehr - Bayern übernimmt Tarifabschluss für alle Landesbeschäftigten



Die Angestellten der Länder bekommen über einen Zeitraum von zwei Jahren 5,6 Prozent mehr Geld. Darauf verständigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber bei ihren Tarifverhandlungen in Potsdam. Die Erhöhung erfolgt in zwei Stufen: Zunächst steigen die Gehälter rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent. Ab 1. Januar 2014 folgt eine weitere Erhöhung um 2,95 Prozent. Bayern übernimmt den Tarifabschluss für alle Bediensteten des Freistaates Bayern in den Jahren 2013 und 2014.

"Bayern ist ein verlässlicher Partner des öffentlichen Dienstes. Bereits im Sommer 2012 hatten wir als einziges Bundesland angekündigt, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf unsere Beamtinnen und Beamten einschließlich der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Mit der Übernahme bleibt der Gleichklang zwischen den Beschäftigtengruppen nun sichergestellt. Ich freue mich über dieses klare Signal für unsere Beamtinnen und Beamten, mit dem wir ihre exzellenten Leistungen anerkennen und würdigen", betonte Ingrid Heckner, die Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag.

top ↑

45 Jahre Lawinenwarndienst in Bayern



Seit 45 Jahren dokumentiert der bayerische Lawinenwarndienst das Lawinengeschehen, warnt die Bevölkerung und unterrichtet und berät Behörden sowie private Stellen.

Die Bilanz des Lawinenwarndienstes ist hervorragend: Laut Innenminister Joachim Herrmann kam es in den überwachten Gebieten seit über vier Jahrzehnten zu keinem einzigen tödlichen Lawinenunfall.

Dieser Erfolg sei nicht zuletzt dem hohen bürgerlichen Engagement zu verdanken. Beim Lawinenwarndienst arbeiten insgesamt mehr als 400 Menschen ehrenamtlich.

» [Weitere Informationen](#)

top ↑

Service & Impressum

» Newsletter-Service

Möchten Sie Ihre Daten ändern, klicken Sie bitte hier: [Daten ändern](#)

Möchten Sie den Newsletter nicht mehr erhalten, klicken Sie bitte hier: [Abmelden](#)

Über Anregungen und Kritik freuen wir uns: info@petra-dettenhoefer.de

Noch mehr Neuigkeiten erfahren Sie hier: <http://www.petra-dettenhoefer.de/>

Sollte der Newsletter nicht korrekt dargestellt werden, klicken Sie bitte hier für die [Online-Version](#)

» Impressum

Petra Dettenhöfer, MdL

Erhardstr. 1 - 92637 Weiden

Tel.: (09 61) 38 96 53 0, Fax: (09 61) 38 96 53 2

<http://www.petra-dettenhoefer.de/> - E-Mail: info@petra-dettenhoefer.de

[Impressum](#)